





Mehr übers Pulverfass Geopolitik
Video-Interview mit Christian Takushi

Wann kommt der »Great Reset«?

Als der Ökonom Christian Takushi vor neun Jahren seine Direktorenstelle bei der Bank an den Nagel hängte, um sich endlich der geopolitischen Analyse gänzlich widmen zu können, staunten viele in der Finanzwelt. Heute sorgen seine Analysen zuweilen sogar im Weißen Haus und im Westminster für Aufruhr.

Herr Takushi, Sie haben vorausgesagt, dass Trump gewählt wird und der Brexit erfolgt. Haben Sie eine Kristallkugel?

Ganz und gar nicht. Wir setzen auf eigenständige Analysen und Methoden, während die Konkurrenz mehrheitlich mit Daten aus dem Internet, Sekundärquellen und einer Nähe zum Konsens arbeitet. Die meisten Anlegerinnen und Anleger sprechen mich zwar auf Trump und den Brexit an. Doch seit 2015 vermochten wir eine ganze Reihe wichtiger Ereignisse vorherzusehen – auch solche, die wichtiger sind als die erwähnten.

Der Westen ist gegenüber Autokratien in eine strategische Falle getappt.

Wovon sprechen Sie?

Wir warnten schon lange davor, dass der Westen in seinen Handelsbeziehungen mit China, Russland und anderen autokratischen Staaten auf Reziprozität umstellen sollte. Sonst tappt er in eine strategische Falle. Jahrelang gewährte der Westen autokratischen Staaten vollen Zugang zu seinen Märkten, Arbeitsplätzen, Technologien und Unternehmen. Damit wollte er Kosten sparen und billig einkaufen. »Handel bringt Frieden und macht aus Autokratien Demokratien. Deshalb brauchen wir keine Armeen mehr«, argumentierten Professoren. In Wirklichkeit hat die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer den Mittelstand ausgehöhlt und Autokratien gestärkt. Leider haben wir, wie von uns prognostiziert, 2016 einen »Point of no return« erreicht. Eine Kehrtwende ist nicht mehr möglich – nicht ohne Krieg oder schmerzvolle Verluste.

Haben unsere Industrien so viel Know-how abgegeben, dass sie beispielsweise nicht mehr mit China konkurrieren können?

Der Westen hat sich – wie von uns prognostiziert – in eine Abhängigkeit manövriert, aus der es kaum einen Ausweg gibt. China ist zusammen mit Japan, Südkorea und Taiwan zu einem gewaltigen Produktionscluster geworden. Als US-Präsident Donald Trump das Handelsungleichgewicht mit Ländern wie China reduzieren wollte, erntete er dafür in Europa nur Spott. Aber da war es schon fünf vor zwölf. Wir dürfen nicht mehr so tun, als könnten wir beispielsweise Russland und China ernsthaft bestrafen, ohne unseren Wohlstand

zu kürzen. Sie sind zu Großmächten herangewachsen, auf die wir in vielen Bereichen angewiesen sind – und die auf Partnerländer in aller Welt zählen können. Dieser große »Reset« hat begonnen.

Schneidet sich die EU mit ihren Sanktionspaketen gegen Russland also ins eigene Fleisch?

Diese Sanktionen tun Russland weh, aber uns noch mehr. Kaum ein Wirtschaftsboykott hat je die gewünschte Wirkung erzielt. Und wenn doch, hat dies einen Krieg provoziert. Das wissen wir aus der Wirtschafts- und Militärgeschichte. Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine musste der Westen reagieren. Aber unsere Währungen und Banken als Waffen einzusetzen, war ein strategischer Fehler.

Warum?

Weil sich ein Großteil der Welt gegen den Westen stellt. Wir froren die Vermögen von Russen ein und forderten andere Länder auch unter Drohungen auf, es uns gleichzutun. Darauf antworteten die afrikanischen und asiatischen Staaten diplomatisch, dass sie ihren eigenen Weg gehen. In Wirklichkeit denken sie: »Wenn der Westen die Gelder der Russen einfriert, könnten unsere die nächsten sein. Zum Beispiel, wenn wir LGBTQ- oder andere Rechte nicht so einführen, wie es der Westen diktiert.« Wir verdrängen, dass die USA und die großen EU-Länder hoch verschuldet sind und auf Pump leben. Als Reaktion auf unsere Finanzsanktionen wollen sich viele Länder vom US-Dollar und vom Euro emanzipieren. Darum unterstützen sie die Russen und die Chinesen beim Aufbau einer Alternativwährung. Wenn diese Länder unsere Währungen weniger nutzen, kaufen sie auch unsere Staatsanleihen nicht mehr. Damit treffen sie unsere Achillesferse: Wir können unsere Schulden nicht mehr stemmen.

Müssen wir den Gürtel enger schnallen?

Niemand kann auf Dauer über seine Verhältnisse leben. In den letzten Jahrzehnten haben wir uns darauf verlassen, dass wir Schulden machen und Geld drucken können, wie wir es wollen. Denn die ganze Welt musste unsere Schuldpapiere kaufen und unser Geld annehmen.

Viele Rohstoffe wie Erdöl und Gold notieren doch in US-Dollar.

Ja, auch relativ moderne Staaten wie zum Beispiel Malaysia und Indonesien wickeln ihren bilateralen Handel in US-Dollar ab, aber sie verfolgen nun diskret die Politik, sich davon zu lösen. So etwas braucht Zeit. Aber wir im Westen haben diese Länder so unter Druck gesetzt, dass sie ihr Diversifikationsprojekt mit Elan vorantreiben.

Viele aufstrebende Länder wollen ihren Handelsanteil an US-Dollar und Euro auf insgesamt vierzig Prozent reduzieren. Das werden wir zu spüren bekommen.

In seinem Buch »The Great Reset« ruft WEF-Gründer Klaus Schwab nach mehr staatlicher Regulierung und stellt fest, dass Großkonzerne noch größer werden. Viele befürchten, dass er eine neue Weltordnung herbeiführen will. Was halten Sie von davon?

Es stimmt, dass große Staaten ihre Macht ausweiten und durch Partnerschaften mit Großunternehmen die Entstehung von Monopolen fördern. Schwab und andere Organisationen sehen gemäß ihrem Weltbild mehr Chancen für eine bessere Welt, wenn Staaten so genannte Public Private Partnerships mit Unternehmen eingehen, was tendenziell zu größeren Firmen führt. Mittelständische Unternehmen werden durch Großkonzerne verdrängt. Für sie wird es immer schwieriger, die überbordenden Vorschriften umzusetzen. Wir machen es uns aber zu einfach, wenn wir Klaus Schwab die Schuld für gewisse Entwicklungen zuschieben. Denn dahinter stehen langfristige systemische Prozesse, die nicht von Einzelnen gesteuert werden können. Sie geschehen nur, weil wir alle direkt oder indirekt mitmachen – als Konsumenten und als Demokraten. Letztlich sind unsere Demokratien selbst dysfunktional geworden.

»Die Demokratie ist die schlechteste Staatsform, abgesehen von allen anderen«, scherzte Winston Churchill. Was wäre die Alternative?

Eine Demokratie funktioniert nur, wenn die Menschen die Rechte von andern ebenso respektieren wie ihre eigenen. Sind sich die Leute über die Grundwerte nicht einig, hat die Demokratie ein Problem. Dessen waren sich die Gründerväter der USA bewusst. Ohne gemeinsame Werte zerfällt unsere Demokratie. Dann wird die Demokratie von Parteien und Großunternehmen in Geiselschaft genommen, um deren Ziele zu erreichen. Aus Währungen und Gesetzesartikeln werden zunehmend Waffen.

Exponenten aus der Politik reden doch fast inflationär von Werten!

Der Westen hat sich über die letzten fünfzig Jahre von seinen Grundwerten distanziert. Woran ist das erkennbar? Zum Beispiel gibt es heute eine Vielfalt von Patchworkfamilien statt der klassischen Familie mit Vater und Mutter. Außerdem haben wir uns in den Siebzigerjahren vom Goldstandard in der Geldpolitik verabschiedet. Wir

wollten keine haushälterische Disziplin mehr, sondern nach Lust und Laune konsumieren. Unsere Politiker müssen nur das großreden, was in Gefahr ist: Man denke an die transatlantische Einheit.

Immer mehr Leute begrüßen einen ausgebauten Staatsapparat. Weil er auch Arbeitsplätze schafft.

Ich gehe davon aus, dass am Ende dieses Jahrzehnts drei Viertel der Menschen in den westlichen Ländern ihr Einkommen direkt oder indirekt vom Staat beziehen. Viele Unternehmen existieren nur, weil der Staat sie subventioniert oder ins Leben ruft. Zudem entstehen Millionen von Stellen in der Privatwirtschaft, die aber faktisch Regulierungs- und Kontrollinstanzen des Staates sind. Diese Risiko- und Compliance-Abteilungen schaffen keinen kreativen oder unternehmerischen Mehrwert. Aber ich bin kein Libertarian. Wir brauchen einen schlanken Staat. Die soziale Marktwirtschaft hat auch gute Errungenschaften wie eine Grundversicherung und eine gute Gesundheitsversorgung hervorgebracht. Leider sind in unserer westlichen Welt die Extrema auf dem Vormarsch: »uferloser Staatsausbau« und »radikal gegen den Staat«.

Wir machen es uns zu einfach, wenn wir Klaus Schwab alle Schuld zuschieben.

Der Ukrainekrieg und die Terroranschläge in Gaza haben die Geopolitik mit voller Wucht zurück auf die Agenda der Entscheidungstragenden katapultiert. Welches sind die gefährlichsten Pulverfässer?

Weltweit gibt es derzeit 120 bewaffnete Konflikte. Seit über zehn Jahren warne ich vor großen Kriegen in der nördlichen Hemisphäre und im mittleren Osten. Ich befürchte, dass weitere Kriege ausbrechen und es zu nuklearen Kontaminationen kommen könnte. In der Geschichte Europas lässt sich seit tausend Jahren ein trauriges Muster beobachten: Erstens zelebrieren die Europäer nach jedem Krieg den Pazifismus. Zweitens bilden sie asymmetrische Allianzen. Jeder Krieg beginnt damit, dass irgendwo zwei »Kleine« oder Trittbrettfahrer aufeinander losgehen – und am Ende alle in die Schlacht gezogen werden. Dabei gäbe es eine einfache Lösung für die europäische Friedenspolitik: starke Armeen und ein Verzicht auf Allianzen.

Die Bomben scheinen die Börsen kalt zu lassen. Wundert Sie das?

Die Börsen sind ein Spiegel der Konsumgesellschaft. Da überrascht es nicht, wenn die Menschen in Europa so handeln, als hätte sich unsere Sicherheits- und Versorgungslage gar nicht verschlechtert. Kriege toben, es herrschen Spannungen zwischen Weltmächten, der Suezkanal ist gesperrt – und die Anleger und Anlegerinnen interessieren sich nur dafür, dass die US-Notenbank Fed wieder die Zinsen senkt und Geld in die Märkte pumpt.

Jede kleine Abweichung vom Konsens wird heute bestraft.

Weshalb blenden wir die geopolitischen Risiken aus?

An klugen Köpfen in den Universitäten und Thinktanks mangelt es nicht. Aber das Meinungsspektrum ist geschrumpft. Der Konsens ist fast wie ein Monster, das alle einsaugt. Jede kleine Abweichung vom Mainstream wird »bestraft«. Das führt dazu, dass sehr viele Topleute ihre Kreativität nicht voll entfalten können. Wenn früher einer mit einer verrückten Idee auftauchte, lud man ihn zu einem Bier ein. Heute schließt man ihn von Veranstaltungen und Fördergeldern aus. Viele Fachleute sagen mir hinter vorgehaltener Hand: »Danke, dass Sie noch forschen und die Wahrheit aussprechen. Ich sehe das genauso, aber ich habe ein Haus und eine Familie und muss mich zurückhalten.« Für diese Entwicklung tragen wir alle eine gewisse Mitverantwortung – ich lade andere Expertinnen und Experten dazu ein, konstruktiv mitzugestalten. Aus Erfahrung weiß ich, dass es politische Amtsträger, Banken und Pensionskassen gibt, die bereit sind, auf unabhängige Expertise zu hören.

Sie wohnen mit Ihrer Familie im Saanenland in der Schweiz. Fühlen Sie sich in der Schweiz noch sicher?

Ja. Innerhalb Europas ist die Schweiz das sicherste Land – und für viele Szenarien ist sie gut gerüstet. Unsere Region hat einen internationalen Flughafen. Während der Covid-19-Zeit suchten Entscheidungsträger und Geschäftsleute aus aller Welt hier Zuflucht und haben von hier gearbeitet. Hier leistet die Schweiz einen wichtigen Dienst für die Weltgemeinschaft. Uns gefällt die Mischung aus Bergen, Ruhe und den alten Chalets, auf denen oft »Gott sei die Ehre«

steht. Aber in unserem Ranking der »sicheren Häfen« ist die Schweiz in den letzten Jahren abgerutscht. An der Spitze liegen nun südliche Länder: Uruguay, Neuseeland und Mauritius.

Wieso die Veränderung?

Wenn ein Land zu nahe an gefährlichen Konfliktherden liegt, kann es noch so sehr Frieden wollen, aber es befindet sich in der Gefahrenzone. Nukleare, elektromagnetische, chemische, biologische und epidemiologische Waffen machen nicht an den Landesgrenzen halt. Für solche Szenarien empfehle ich Kunden eine Lösung außerhalb Europas. Es geht nicht darum, der Schweiz den Rücken zu kehren, sondern um eine strategische Diversifikation. Viele Entscheidungsträger folgen unserem Rat und setzen auf die Schweiz und Uruguay. Zum Beispiel Gstaad und Punta del Este ergänzen sich hervorragend.

Was spricht für Uruguay?

Das Land ist geopolitisch neutral, wirtschaftlich stabil und es hat gelernt, als Puffer zwischen Giganten zu leben – zwischen Brasilien und Argentinien. Es pflegt gute Beziehungen zu Washington, Europa und Peking. Anders als im Rest Lateinamerikas gibt es hier keinen offenen Klassenkampf. 87 Prozent der Bevölkerung haben europäische Wurzeln, was den gesellschaftlichen Zusammenhalt erleichtert. Viele westliche Unternehmen sehen Uruguay als Tor zu Südamerika. Europa ist dagegen sehr verwundbar in den kommenden zehn Jahren. Für die USA ist es zu einer Bürde geworden. Europa kann die USA in einen Krieg verwickeln, aber es kann weder sich selbst verteidigen noch die USA. Deshalb bewegen sich die USA weg von der NATO hin zu einer neuen Militärallianz im Indopazifik. Wichtige Partner sind dabei Großbritannien und Australien.

Auch das Christentum verlagert sich: von Europa und den USA hin nach Asien, Südamerika und Afrika. Was bedeutet das?

Mit einer gewissen Verzögerung dürften wir einen wirtschaftlichen Aufschwung in diesen Ländern sehen, während es in unseren Breitengraden eher abwärts geht. Der westliche Staat und große Firmen meinen es gut, aber sie untergraben den Wettbewerb und allerlei Freiheiten. Europa und die USA verdanken einen guten Teil ihres Wohlstands der christlichen Reformation: dem Glauben an Gottes Gnade, Nächstenliebe, Arbeitsethos, Freiheit und Konkurrenz. Wo sich Menschen früher durch gemeinsame Grundwerte leiten ließen, macht sich an deren Stelle der Staat und eine praktische Gesetzeslosigkeit breit. Wir schauen manchmal auf Japan herunter, weil es seit

den Achtzigerjahren nicht mehr so stark wächst. Aber Japan hat sich bewusst dafür entschieden, seinen sozialen Zusammenhalt mit den traditionellen Werten zu bewahren – und Nein zur Massenimmigration zu sagen. Japan mag eine überalterte Gesellschaft haben. Doch weniger Menschen benötigen auch weniger Dinge. Im Hightechland Japan kann sich eine junge Familie unterdurchschnittlichen Einkommens ein Haus leisten. Und in Megastädten wie Osaka und Tokio können Frauen um Mitternacht gefahrlos herumspazieren. In Europa ist beides nicht mehr möglich. Wir haben uns für ein Wachstum um jeden Preis entschieden. Und das lässt sich nur mit der Masseneinwanderung und Blasen aufrechterhalten. Doch Migration ist nur sinnvoll, solange die Migrantinnen und Migranten die hiesigen Grundwerte achten. Als wir in Südamerika lebten, sagte mein japanischer Vater: »Wir sind hier zu Gast. Du musst dich proaktiv anpassen.« Im Fernen Osten gliedern sich Ausländer bis heute leise in die Gesellschaft ein. Rund um den Globus schaut man nicht mehr zum Westen hinauf.

Ihre Prognosen klingen düster. Können Sie noch lachen?

(Lacht.) Aber ja. Ich freue mich auf die Zukunft. Meine Hoffnung setze ich weniger auf Politik und Wirtschaft als vielmehr auf Gott. Seit ich denken kann, hinterfrage ich alles. So habe ich früh im Leben gemerkt, dass es jemanden geben muss, der über mich wacht. Als ich als Kind am Fernsehen die Sendung »Club 700« schaute, in welcher Menschen von ihren Erlebnissen mit Gott erzählen, sprach ich ein kurzes Gebet. Im World Trade Center in Los Angeles hatte ich dann 2001 ein übernatürliches Erlebnis. Jesus sprach sehr klar mit mir. Seither hat sich mein Leben radikal verändert. Ich bin nicht mehr religiös, sondern pflege meine Beziehung zu Jesus. Ich möchte Gottes Gegenwart genießen – und meiner Berufung nachgehen, Entscheidungsträger aus der Wirtschafts- und Finanzwelt diskret zu unterstützen, zu begleiten und in Krisenzeiten ein Ohr für sie zu haben.



Christian Takushi

takushi@gomagazin.de

Sein Vater ist Japaner, seine Mutter Peruanerin, seine Frau Engländerin – und er lebt in der Schweiz: Der Ökonom Christian Takushi arbeitete auf verschiedenen Kontinenten als Strategie, Analyst und Portfoliomanager

für renommierte Finanzinstitute, bevor er sich als geopolitisch-ökonomischer Berater selbstständig machte. Die Geschichte seiner Familie hat sein Interesse an der Geopolitik bereits im Alter von 9 Jahren geweckt.